

Lagebericht 2010

1. Allgemeines

Geschäftsgrundlage war im Berichtsjahr 2010 die Satzung der Zusatzversorgungskasse der Stadt Köln (ZVK) in der in der jeweils geltenden Fassung.

Ab dem 01.01.2010 bietet die ZVK der Stadt Köln nach Genehmigung vom 25.09.2009 durch das Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen als Aufsichtsbehörde und Beschlussfassung im Kassenausschuss der Zusatzversorgungskasse vom 27.10.2009 in der Freiwilligen Versicherung den (neuen) Tarif 2009 für den Abschluss von neuen Verträgen in der Freiwilligen Versicherung an. Der Tarif 2002 wird im geschlossenen Bestand weiter fortgeführt. Für den Tarif 2002 gelten nach erfolgter Anpassung die Allgemeinen Versicherungsbedingungen (AVB) mit Stand Oktober 2010. Für den Tarif 2009 (ZVK PlusPunktRente) gelten die AVB mit Stand Januar 2010.

Neben dem im Versicherungszweig der Pflichtversicherung unverändert gültigen Umlagesatz von 5,8 % der zusatzversorgungspflichtigen Entgelte wird seit dem 01.01.2003 ein Zusatzbeitrag zum Aufbau einer Kapitaldeckung erhoben. Der Zusatzbeitrag betrug im Berichtsjahr 3,2 % des jeweiligen zusatzversorgungspflichtigen Entgeltes.

2 Geschäftsverlauf

In der **Pflichtversicherung** sind die **Beiträge aus Umlagen** gegenüber dem Vorjahr um rund T€ 2.062 (3,00 %) auf T€ 70.927 gestiegen. Ursächlich hierfür waren im Wesentlichen die tariflichen Vergütungssteigerungen im Jahr 2010 sowie Vergütungserhöhungen aufgrund der durchschnittlichen Alterssteigerung bei den Beschäftigten der Mitglieder. **Zusatzbeiträge** sind insgesamt im Jahr 2010 in Höhe von T€ 38.945 (Vorjahr T€ 37.785) zugeflossen.

Im Versicherungszweig der **Freiwilligen Versicherung** sind für das Jahr 2010 T€ 3.830 (Vorjahr T€ 3.631) an **Beiträgen** sowie T€ 333 (Vorjahr T€ 291) an durch die Zentrale Zulagenstelle für Altersvermögen überwiesenen Zulagen nach der „Riester“-Förderung eingegangen.

Die **Gesamtaufwendungen für Versicherungsfälle** in der Pflichtversicherung und der Freiwilligen Versicherung sind 2010 insgesamt um T€ 973 (+ 1,16 %) auf T€ 85.171 (Vorjahr T€ 84.198) gestiegen. Dieser Anstieg ist im Wesentlichen auf die Dynamisierung der Betriebsrenten um 1 % zum 01.07.2010 sowie einen Anstieg eingetretener Versicherungsfälle in beiden Versicherungszweigen zurückzuführen.

Das Netto-Kapitalanlageergebnis einschließlich der Kosten für die Kapitalanlagen, der realisierten Kursgewinne beziehungsweise Kursverluste, der Zuschreibungen und Abschreibungen, ist im Berichtsjahr trotz des gestiegenen Vermögens um T€ 1.687 auf T€ 24.635 gegenüber T€ 26.323 im Jahr 2009 gesunken. Dieser Rückgang hat insbesondere folgende Ursachen:

- Aufgrund des Aufbaus einer Masterfondslösung und des Aufbaus einer Immobilienfondslösung wurden die im Gesamtjahr 2010 zur Verfügung stehenden Mittel in Termin- und Tagesgeldern, deren Verzinsung traditionell unter der Verzinsung für längerfristige Anlagen liegt, angespart. Dies war notwendig, damit die für eine sinnvolle Investition in den Masterfonds notwendigen Mindestsummen zur Verfügung standen. Für 2010 muss weiterhin berücksichtigt werden, dass aufgrund der Ereignisse an den Finanzmärkten das Zinsniveau historisch niedrig war. Die Investition in den Masterfonds konnte projektbedingt erst Anfang 2011 durchgeführt werden.

- Der KÖZU-FundMaster, der bis Ende 2010 ausschließlich aus dem Balanced Mandat für europäische Staatsanleihen und europäische Aktien bestand, konnte sich der negativen Entwicklung der Euro-Peripherieländer nicht vollständig entziehen und hatte daher auf Jahressicht eine Performance unterhalb des Rechnungszinses. Um für den Masterfonds im Hinblick auf die geplanten Investitionen dennoch ein ausreichendes Risikobudget in Form einer Stillen Reserve zu erhalten, wurde bewusst auf eine vollständige Ausschüttung der ordentlichen Erträge aus dem KÖZU-FundMaster verzichtet.

Die laufende Durchschnittsrendite aller Kapitalanlagen, berechnet nach den Vorgaben des Gesamtverbandes der Deutschen Versicherungswirtschaft, beträgt 2010 4,44 % (Vorjahr 4,59 %). Die Nettorendite (diese berücksichtigt auch die Aufwendungen für Kapitalanlagen) beträgt 4,69 % (Vorjahr 5,03 %). Insgesamt konnte damit die im Technischen Geschäftsplan vorgesehene Verzinsung nicht vollständig realisiert werden. Der im Finanzierungsgutachten der Pflichtversicherung für die Verzinsung der Rückstellungen festgelegte Zinssatz von 3,75% beziehungsweise 3,25 % für die Verzinsung der Rückstellungen der Freiwilligen Versicherung wurde jedoch deutlich überschritten.

Bezüglich der Stillen Lasten und Reserven ist ein absoluter Rückgang der ausgewiesenen Stillen Lasten von 15.092.961 Euro auf 14.905.784 Euro festzustellen. Im Verhältnis zum Bestand der Anlagen haben sich die Stillen Reserven reduziert und die Stillen Lasten ausgeweitet. So gingen die Stillen Reserven des KÖZU-FundMaster um rund 2,7 Mio. Euro auf rund 10 Mio. Euro zurück. Die Stillen Lasten der Direktanlagen weiteten sich im Vergleich zum Buchwert der Anlagen von 8,03 % auf 8,21 % aus. Die verschlechterte Marktbewertung der Direktanlagen resultierte aus einer Ausweitung der Spreads einiger Landesbanken und verstaatlichter Institute im Vorfeld unsicherer Ausgänge verschiedener EU-Beihilfeverfahren. Die Direktanlagen wurden im Rahmen einer „Buy and Hold“ Strategie erworben und sollen entsprechend dauerhaft dem Geschäftsbetrieb dienen. Der Bilanzansatz erfolgt daher für Inhaberschuldverschreibungen gemäß den Grundsätzen für das Anlagevermögen nach dem gemilderten Niederstwertprinzip. Dieses Prinzip des § 341b HGB ist für die Mehrheit der Direktanlagen, die aus Namensschuldverschreibungen und Schuldscheinforderungen und Darlehen bestehen, grundsätzlich anzuwenden. Da sich keine konkreten Ausfallwahrscheinlichkeiten abzeichnen, waren aufgrund der vorgenannten „Buy and Hold“ Strategie keine Abschreibungen auf den Direktanlagebestand vorzunehmen.

Nachstehende Aufstellung vergleicht das Jahresergebnis mit dem Wirtschaftsplan 2010:

	Jahresabschluss T€	Wirtschaftsplan T€
Bruttoergebnis Pflichtversicherung vor Dotierung der versicherungstechnischen Rückstellungen	46.472	45.964
Bruttoergebnis Freiwillige Versicherung vor Dotierung der versicherungstechnischen Rückstellungen und der Verlustrücklage	4.742	4.392.
Jahresüberschuss vor Dotierung der der versicherungstechnischen Rückstellungen und der Verlustrücklage	51.214	50.356

Zum Ergebnisvergleich der Geschäftsjahre 2010 und 2009 folgt eine zusammengefasste Betrachtung der Gewinn- und Verlustrechnung:

	Ergebnis 2010 T€	Ergebnis 2009 T€
Umlagen, Beiträge und Zulagen	116.078	113.613
Erträge aus Kapitalanlagen	25.280	26.646
Aufwendungen für Kapitalanlagen	- 645	- 323
Aufwendungen für Versicherungsfälle	- 85.171	- 84.198
Aufwendungen für Beitragsüberleitungen und Beitragsrückgewähr	- 2.123	- 3.334
Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb	- 2.315	- 2.871
Jahresüberschuss vor Dotierung der versicherungstechnischen Rückstellungen und der Verlustrücklage	51.214	49.466

Die Tabellen zeigen, dass die Ergebnisse des Jahres 2010 über den Planungen des Wirtschaftsplans und den Ergebnissen des Vorjahres liegen.

Die versicherungstechnischen Rückstellungen stiegen in der Pflichtversicherung um 40.292.724,67 Euro auf 591.460.271,60 Euro und in der Freiwilligen Versicherung um 11.427.438,85 Euro auf 30.736.495,99 Euro.

Die deutliche Steigerung der versicherungstechnischen Rückstellungen in der Freiwilligen Versicherung ist auf eine Bewertungsänderung durch den Verantwortlichen Aktuar zurückzuführen. Diese wurde aufgrund des anhaltend niedrigen Zinsniveaus erforderlich. Im Rahmen dieser Änderung wurde der Rechnungszins von 4,8% auf 3,25% gesenkt. Aufgrund der mit der Bewertungsänderung verbundenen einmaligen Erhöhung der Rückstellungen musste die Verlustrücklage in Höhe von 506.198,91 Euro aufgelöst und ein einmaliger Verlust in Höhe von 6.179.745,80 Euro ausgewiesen werden. Der entstandene Verlust wird im Jahre 2010 aus dem Vermögen der Pflichtversicherung ausgeglichen. In seiner Sitzung vom 24.02.2011 hat der Kassenausschuss entschieden, die Rentenfestsetzungen in der Freiwilligen Versicherung ab dem 01.01.2012 auf den Garantiewert vorzunehmen. Infolge dessen werden sich die Rückstellung der Freiwilligen Versicherung zum 31.12.2011 entsprechend vermindern. Der in 2011 erwartete Gewinn wird die Verluste des Vorjahres voraussichtlich vollständig kompensieren. Das zum Verlustausgleich verwendete Vermögen der Pflichtversicherung wird mit der Realisation des Gewinnes der Freiwilligen Versicherung wieder vollständig in deren Teilvermögen zurückfließen.

Konsolidiert stiegen die versicherungstechnischen Rückstellungen der Zusatzversorgungskasse um 51.720.163,52 Euro (9,12 %) auf 622.196.767,59 Euro.

3 Lage der Kasse

Kapitalanlagen und Vermögen

Der Gesamtbestand der Kapitalanlagen verringerte sich um T€ 44.128 (8,06 %) auf T€ 503.234. Die laufenden Guthaben bei Kreditinstituten stiegen zum Bilanzstichtag zur Vorbereitung der Investition in den Masterfonds und erneuter Termingeldanlagen zu Beginn des Jahres 2011 um T€ 93.500. Das Gesamtvermögen der ZVK stieg um T€ 50.783 (8,82 %) auf T€ 626.535.

Bestand

Pflichtversicherung

In der Pflichtversicherung ist der Bestand der Rentnerinnen und Rentner von 18.704 um 89 (Vorjahr 129) auf 18.793 Fälle gestiegen. Gleichzeitig ist die Zahl der Pflichtversicherten von 35.499 auf 35.915 um 416 (Vorjahr 994) gestiegen. Auf 100 Pflichtversicherte entfallen somit 52,33 (Vorjahr 53,83) Betriebsrentner.

Bei den Mitgliedschaften haben sich keine wesentlichen Veränderungen ergeben.

Freiwillige Versicherung

Bei der Freiwilligen Versicherung bestanden zum Bilanzstichtag insgesamt 2.676 (Vorjahr 2.553) Verträge. Hierin sind 320 beitragsfrei gestellte Verträge enthalten.

Zum Jahresende 2010 wurde in der Freiwilligen Versicherung an 110 Rentenberechtigte eine laufende Leistung aus der Freiwilligen Versicherung gezahlt. Die dabei zu leistenden Beträge sind wegen der kurzen Versicherungszeit insgesamt noch gering.

Liquidität

Die Liquidität der Kasse war im Berichtsjahr jederzeit gegeben und nicht gefährdet.

Personalentwicklung und Personalaufwand

	Beschäftigtenstand	Bruttogehälter T€
31.12.2010	25,12	1.090 Euro ¹⁾
31.12.2009	26,38	1.055 Euro ¹⁾

¹⁾ Personalkostenerstattungen für Serviceleistungen für die Beihilfekasse sind aufwandsmindernd berücksichtigt

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Zusatzversorgungskasse sind Bedienstete der Stadt Köln. Der Beschäftigtenstand berücksichtigt sowohl Teilzeitbeschäftigungen als auch die anteilige Tätigkeit für die Beihilfekasse. Die Eingruppierungen erfolgen entsprechend den Vorgaben im Stellenplan der Stadtverwaltung. Die Personalkosten werden der Stadt Köln von der ZVK erstattet.

In der Summe ist der Beschäftigtenstand in etwa gleich geblieben. Dennoch haben sich verschiedene Veränderungen ergeben, auf deren detaillierte Darstellung hier verzichtet wird.

Unter zusätzlicher Berücksichtigung der Sozialabgaben, der Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung, der Pensions- und Beihilferückstellungen sowie der Rückstellung für Altersteilzeit ergibt sich insgesamt folgender Personalaufwand:

Ergebnis 2010	1.725	T€
Ergebnis 2009	2.128	T€

Die gesamten Personalaufwendungen sind im Jahr 2010 gegenüber dem Vorjahr deutlich zurückgegangen. Der Grund hierfür liegt darin, dass in den vom Aktuar berechneten Pensions-

rückstellungen anders als in den beiden Vorjahren keine Sondereffekte enthalten sind. Das Berechnungsverfahren zur Ermittlung der Pensionsrückstellungen wird im Anhang zur Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung beschrieben.

4 Organisation des Risikomanagements im Kapitalanlagenbereich

Die Kapitalanlage wird grundsätzlich auf der Basis der Regelungen des § 54 des Gesetzes über die Beaufsichtigung der Versicherungsunternehmen (VAG) in Verbindung mit den Anlagegrundsätzen für das gebundene Vermögen sowie der geltenden Richtlinie für die Vermögensanlage der ZVK durchgeführt. Eine Neufassung der Richtlinie für die Vermögensanlage wurde zwischenzeitlich beschlossen. Eine Änderung der Satzung war diesbezüglich nicht erforderlich.

Die Optimierung des Kapitalanlagen-Risikomanagements wurde weiter fortgeführt. Für die Aufgabe der Internen Revision der Kapitalanlage ist ein Rahmenvertrag mit einer Wirtschaftsprüfungsgesellschaft abgeschlossen worden. Eine erste Prüfung wurde Anfang des Jahres 2011 durchgeführt. Auf der Basis der Ergebnisse der ALM-Studie sind die künftige Portfoliostruktur, die Anlageklassen und die Subfondsstruktur festgelegt und geeignete Asset-Manager ausgewählt worden. Insgesamt wurden bis zum 01.08.2011 fünf Mandate eingerichtet. Darüber hinaus wurde auch ein Overlay-Management eingerichtet und hierfür eine geeignete Kapitalanlagegesellschaft beauftragt. Die Arbeitsprozesse für das Management des Fonds wurden detailliert erörtert und festgelegt.

Neben den Arbeiten zum Ausbau des Masterfonds wurde zwecks Durchführung der Investition in Immobilien in Zusammenarbeit mit drei anderen kommunalen Versorgungskassen ein gemeinsamer Immobilienspezialfonds eingerichtet.

Darüber hinaus wurden weitere Maßnahmen zur Reduktion der Risiken aus den Direktanlagen umgesetzt, unter anderem der Verkauf von Inhaberschuldverschreibungen amerikanischer Finanzhäuser, sowie die Rückgabe ungesicherter risikobehafteter Darlehen eines anderen Emittenten.

5 Risiken der künftigen Entwicklung

Berichte des Verantwortlichen Aktuars

Am 20.04.2010 und 26.10.2010 hat der Verantwortliche Aktuar auf der Basis der Zahlen des Jahresabschlusses 2009 zur Finanzlage der Kasse berichtet. Für den Abrechnungsverband der Pflichtversicherung kommt der Bericht zu dem Ergebnis, dass unter der Voraussetzung des bisherigen Finanzierungskonzepts die finanzielle Lage des Abrechnungsverbandes als solide und gesichert beurteilt werden kann. Das aus der ALM-Studie abgeleitete und durch den Kassenausschuss beschlossene Portfolio wird aus versicherungsmathematischer Sicht als tragbar und akzeptabel beurteilt. Der Bericht führt weiterhin aus, dass die in der Pflichtversicherung bei der Berechnung der Deckungsrückstellung verwendeten Rechnungsgrundlagen zu geringe Sicherheitsspannen enthalten. Da der Rechnungszins in der Leistungsphase in Höhe von 5,25 % als zu hoch angesetzt gilt, sollte die Deckungsrückstellung gestärkt werden. Ein weiteres wichtiges Ergebnis des Berichtes ist die Feststellung, dass bei stabiler Versichertenzahl die aktuelle Gesamtbelastung von 9 % bei dem mit der Umsetzung der Ergebnisse der ALM-Studie realisierbaren Zins nicht überschritten wird und die im Jahr 2002 zum Aufbau der Kapitaldeckung festgelegten Ziele realisiert werden können.

Für den Abrechnungsverband der Freiwilligen Versicherung kommt der Verantwortliche Aktuar zu dem Ergebnis, dass auf Grund des anhaltend niedrigen Zinsniveaus die Beitrags-Leistungs-Äquivalenz gestört ist. Die für den Tarif 2002 verwendeten Rechnungsgrundlagen enthalten zu geringe Sicherheitsspannen, um die Tarifleistung zu sichern. Die eingegangenen satzungsmäßigen Verpflichtungen (Garantieleistungen) sind nach den Ergebnissen des Aktuars jedoch gesichert. Aufgrund der Berechnungen und Vorschläge des Verantwortlichen Aktuars hat der Kas-

senausschuss in der 1. Sitzung 2011 am 24.02.2011 beschlossen, künftige Rentenfestsetzungen auf den Garantiewert vorzunehmen.

Versicherungstechnische Risiken

Die versicherungstechnischen Risiken einer Zusatzversorgungskasse bestehen darin, dass den Beiträgen aus Umlagen und Zusatzbeiträgen in der Pflichtversicherung sowie den Beiträgen in der Freiwilligen Versicherung langfristige Leistungszusagen seitens des Versicherers gegenüberstehen. Die Höhe der eingegangenen Verpflichtungen hängt vom Verlauf der biometrischen Risiken, der Zinsentwicklung und der Entwicklung der Kosten ab.

Biometrische Risiken entstehen durch Abweichungen der tatsächlichen Sterblichkeit gegenüber den zugrunde gelegten Annahmen. Geringere Sterblichkeiten führen bei einer Zusatzversorgungskasse zu einem Absinken der Sicherheitsmarge. Höhere Sterblichkeiten haben den gegenläufigen Effekt. Durch die regelmäßige Überprüfung der Rechnungsgrundlagen durch den Verantwortlichen Aktuar in Verbindung mit den festgelegten Sterbetafeln wird ein möglicher Anpassungsbedarf der Sicherheitsspanne erkannt. Der Verantwortliche Aktuar überwacht die Risiken auf der Passivseite im Rahmen der internen Rechnungslegung, besonders die kalkulierten Mittel, die den tatsächlichen Aufwendungen gegenübergestellt werden und so die Angemessenheit der Kalkulationsgrundlage bilden.

Die Leistungsverpflichtungen der ZVK beinhalten nach den bisherigen Regelungen der Tarifvertragsparteien in der Pflichtversicherung eine jährliche Verzinsung von 3,25 % während der Anwartschaftsphase und 5,25 % während der Leistungsphase. Bei den biometrischen Rechnungsgrundlagen wird seit dem Jahr 2009 sukzessive über einen Zeitraum von 10 Jahren auf Richttafeln umgestellt, die von der Bayerischen Versorgungskammer entwickelt wurden und eine höhere Lebenserwartung vorsehen als die Richttafeln 1998 von Professor Dr. Heubeck.

Auch für den Abrechnungsverband der Freiwilligen Versicherung werden künftig diese Richttafeln angewandt. Unter Berücksichtigung dieser Änderung in der Biometrie ist die Sicherheitsspanne in der Berechnung der Deckungsrückstellung als ausreichend anzusehen und höher als beim Ansatz der Richttafeln 2005G von Professor Dr. Heubeck.

Es ist auch zukünftig erforderlich, unter Einbeziehung der Entwicklung der biometrischen Risiken und der erzielbaren Kapitalerträge, die Entwicklung der Biometrie und des Zinses aktuarisch stetig zu überprüfen und falls notwendig, eine Veränderung der Rechnungsgrundlagen vorzunehmen.

Durch die Erhebung von Zusatzbeiträgen seit Beginn des Jahres 2003 erhält die Kasse bei der Pflichtversicherung Einnahmen, die zum Aufbau einer Kapitaldeckung verwendet werden, um spätestens nach einer Übergangszeit von insgesamt rund 30 Jahren auch die Arbeitgeber spürbar zu entlasten. Der inzwischen erreichte Kapitalisierungsgrad liegt je nach angesetzten Rechnungsgrundlagen zwischen 27,9 % und 36,4 % (Vorjahr zwischen 26,4 % und 34,3 %). Für den Kapitaldeckungsgrad werden künftig vom Verantwortlichen Aktuar jährlich Planwerte für einen Zeitraum von 10 Jahren entwickelt und dem Kassenausschuss vorgelegt, so dass ein Plan-Ist-Vergleich und eine bessere Beobachtung der Entwicklung des Kapitaldeckungsgrades möglich ist.

Solange keine vollständige Kapitaldeckung in der Pflichtversicherung erreicht ist und dort zumindest eine teilweise Umlagenfinanzierung erfolgt, ergeben sich Risiken insbesondere aus

- der künftigen Personalentwicklung im öffentlichen Dienst, insbesondere durch Privatisierungsmaßnahmen und durch die Notwendigkeit, aufgrund der angespannten Haushalts- und Finanzlage Personalaufwendungen zu reduzieren,
- dem weiter fortschreitenden demografischen Wandel,
- den künftigen Ergebnissen von Tarifverhandlungen,

- der Entwicklung der allgemeinen wirtschaftlichen und finanziellen Rahmendaten und hier insbesondere der weiteren Erholung der Finanzmärkte nach der Wirtschafts- und Finanzkrise sowie der weiteren Entwicklung des Zinsniveaus und der Bonitätsrisiken.

Für den teilweise kapitalgedeckten Teil der Pflichtversicherung und die von Anfang an voll kapitalgedeckte Freiwillige Versicherung bestehen folgende wesentliche Risiken:

- die Nichtübereinstimmung der dem Technischen Geschäftsplan zugrunde gelegten Sterbe-, Invaliditäts- und Zinsannahmen mit den tatsächlichen Verhältnissen sowie
- die bereits oben angesprochene Entwicklung der Finanzmärkte.

In 2010 sind auch weiterhin noch keine wesentlichen Entlastungen durch die im Rahmen der Neuordnung des Zusatzversorgungsrechts vorgenommene Umstellung auf Startgutschriften und das Punktemodell und der damit verbundenen Reduktion der Ansprüche aus der Zusatzversorgung um ca. 20 % erkennbar. Der Grund hierfür liegt darin, dass die Bestandsrentenfälle und auch die Neuzugänge der rentennahen Jahrgänge umfangreichen Besitzschutzregelungen unterliegen. Auch die stufenweise Anhebung der Altersgrenzen in der gesetzlichen Rentenversicherung für einen abschlagsfreien Altersrentenbezug wird sich erst in Zukunft auf die Zahl der Rentner und die Rentenhöhe auswirken. Beides zeigt sich auch darin, dass sich die Höhe der durchschnittlich ausgezahlten Rentenleistung in Höhe von 378,32 Euro je Monat gegenüber dem Vorjahreswert von 380,38 Euro je Monat kaum verändert hat.

In seiner Entscheidung vom 14.11.2007 hat der Bundesgerichtshof die Tarifvertragsparteien aufgefordert, die Modalitäten zur Berechnung der Startgutschriften für „rentenferne Jahrgänge“ anzupassen. Mit der 5. Änderung des ATV/ATV-K haben sich die Tarifparteien auf ein neues Modell zur Korrektur der Startgutschriften für rentenferne Versicherte geeinigt, das die vom BGH festgestellte Benachteiligung der rentenfernen Versicherten aufhebt. Die Höhe der zusätzlichen Aufwendungen, die aufgrund der geänderten Berechnungsgrundlage auf die Kasse zukommen, sind noch nicht abschätzbar. Erst nach der Neuberechnung aller rentenfernen Startgutschriften kann dieser Wert konkret bestimmt werden. Dies gilt ebenfalls für die Höhe der zusätzlich zu bildenden Rückstellungen.

Beitragsentwicklung

Die zum 01.10.2005 erfolgte Umstellung vom BAT/BMT-G auf den TVöD führte aufgrund der Absenkung des Gehaltsniveaus bei Neueinstellungen tendenziell zu Wenigereinnahmen bei den Umlagen und Zusatzbeiträgen. Die zwischenzeitlichen tariflichen Vergütungsanpassungen haben diesen Effekt mehr als kompensiert. Auch aufgrund der Anfang des Jahres 2010 vereinbarten Änderungen im TVöD werden die Umlagen und Zusatzbeiträge tendenziell steigen.

Um die Risiken aus der Personalentwicklung besser abschätzen zu können, wurden alle Mitglieder zu ihren diesbezüglichen Planungen befragt. Die Antworten zeigen, dass in den kommenden Jahren kein wesentlicher Personalabbau geplant ist. Der Verantwortliche Aktuar wird die Ergebnisse der Befragung in seinen Berechnungen für das Finanzierungsgutachten 2011 berücksichtigen. Dieses soll im Herbst 2011 vorliegen.

Um Risiken aus möglichen Personalgestellungen zu begegnen, hat der Kassenausschuss in der 1. Sitzung 2011 dem Rat der Stadt Köln eine Änderung der Satzung empfohlen, die einer schleichenden Austrocknung der Personalbestände der Mitglieder entgegen wirken soll. Darin wird festgelegt, dass im Falle einer Personalgestellung durch ein Mitglied an ein Nichtmitglied ein nach versicherungsmathematischen Grundsätzen zu berechnender Ausgleichsbetrag zu zahlen ist, es sei denn, dass das Personal über das Mitglied pflichtversichert bleibt oder der Dritte ebenfalls Mitglied im Abrechnungsverband I wird.

Kapitalanlagerisiken

Für die Sicherheitslage der Zusatzversorgungskasse sind insbesondere die Risiken im Kapitalanlagebereich von zentraler Bedeutung. Das Kapitalanlagerisiko umfasst unverändert

- das Risiko unerwartet hoher Abschreibungen,
- das Risiko ungünstiger Zinsentwicklung,
- das Risiko von Adressenausfällen (Bonitätsrisiko) und
- das Risiko der Wiederanlage.

Die Kapitalanlagen der Kassen sind im Jahr 2010 im Anschluss an die Erstellung einer ALM-Studie unter Rendite- und Risikogesichtspunkten optimiert worden. Die Umsetzung wird voraussichtlich im Jahr 2011 abgeschlossen sein. Im Jahr 2011 soll insbesondere eine weitere Diversifikation durch die Investition in den Immobilienspezialfonds und den Aufbau einer Multi-Asset-Anlage vorgenommen werden. Darüber hinaus ist auch wieder eine Investition in Namenspapiere geplant. Hierfür soll ein Vermögensverwalter beauftragt werden. Für das Frühjahr 2012 ist die Beauftragung der Erstellung einer neuen ALM-Studie geplant. Mit der Einrichtung des Masterfonds zum 01.01.2011 wurde auch ein Overlay-Management realisiert, das den Inhalt eines nach den Maßgaben der Risikotragfähigkeit der Kasse ermittelten Risikobudgets mit einer vorgegebenen Wahrscheinlichkeit von mehr als 95 % überwacht.

Im Jahr 2010 bewegten sich die Renditen ein- bis zehnjähriger Bundesanleihen im Schnitt nicht über 2,3 %. Die Renditen Europäischer Staatsanleihen analoger Laufzeiten pendelten zwischen 2,3 und 3,2 % getrieben durch eine deutliche Ausweitung des Risikos der PIIG Staatsanleihen. Im Spannungsfeld der sich ausweitenden Euro-Schuldenkrise und einer insbesondere durch anziehende Rohstoffpreise (Öl) steigenden Inflation waren Zinserhöhungen abzusehen, der Zeitpunkt des Eintritts jedoch unsicher. Kurzfristige Kapitalanlagen waren nicht zu akzeptablen Zinssätzen zu realisieren. Liquide Anlagen mit mittleren oder längeren Laufzeiten hätten unverhältnismäßige Kursrisiken beinhaltet. Die liquiden Mittel sind daher zwecks Vorbereitung der Investition in den Masterfonds und den Immobilienspezialfonds Termingeldern angelegt worden. Die Investitionen in den Masterfonds wurden zwischen Januar und Juli 2011 vorgenommen. Zu diesen Zeitpunkten befanden sich die Märkte auf einem zwar verbesserten Renditeniveau, die Unsicherheiten über die künftige konjunkturelle Entwicklung und den Verlauf der Schuldenkrise bestanden jedoch weiterhin. Langfristig lässt der Masterfonds eine Nettorendite von mindestens 3,75 % erwarten. Auf Grund des Einstiegszeitpunktes in den Masterfonds besteht jedoch im Fall einer deutlichen Erhöhung des Marktzinsniveaus und der Volatilität der Märkte das Risiko, dass die ausgewiesene Performance aufgrund der Kurswertschwankungen in einzelnen Jahren unterhalb des Rechnungszinses liegt. Insgesamt hat sich jedoch gezeigt, dass der Masterfonds in seiner jetzigen Struktur in Stressphasen des Kapitalmarktes wie der anhaltenden Eurostaatsanleihenkrise oder der Nuklearkatastrophe in Japan robust ist und Schwankungen einzelner Märkte abfängt. Auf Grund des geringen Aktienanteils (ca. 12 % des Masterfonds insgesamt) sind die Auswirkungen extremer Kursverluste der Aktienmärkte durch exogene Schocks in der monetären Auswirkung auf die ZVK begrenzt. Durch die eingangs beschriebenen Maßnahmen (Multi-Asset Anlage und Immobilienfonds sowie Aufstockung von Namenspapieren) wird sich künftig die Struktur der Gesamtkapitalanlage der ZVK weiter unter Risiko-Rendite Gesichtspunkten verbessern.

Das Kredit- oder Emittentenrisiko der Eigenanlagen wird durch umfangreiche interne und externe Maßnahmen überwacht. Den Kreditrisiken in der Fondsanlage wird durch eine hohe Streuung Rechnung getragen. Der Grossteil des neu anzulegenden Vermögens wird in Wertpapieren oder Darlehen von Schuldern in den höheren Investmentgrade Ratings angelegt. Den Subfonds sind hierzu entsprechende Vorgaben gemacht worden. Hinsichtlich der Aufstockung des Direktanlagenbestands sind lediglich Investitionen in Pfandbriefe bester Qualität respektive Namenspapiere öffentlicher oder öffentlich garantierter Schuldner geplant.

Die Liquidität der Masterfondsanlagen ist jederzeit gewährleistet. Die Gesamtliquidität der Kasse wird fortlaufend geplant und überwacht. Sich abzeichnenden erhöhten Risiken des Kapitalmarktes wird durch eine regelmäßige Überwachung des zur Verfügung stehenden Risikobudgets Rechnung getragen.

Sonstige Risiken

Aufgrund des Geschäftsmodells verfügt die Kasse über regelmäßige Einnahmen aus Beiträgen, Rückflüssen aus Kapitalanlagen und Zinszahlungen. Dem gegenüber stehen im Wesentlichen Zahlungen für Versicherungsfälle. Durch eine mehrjährige Liquiditätsplanung soll die jederzeitige Zahlungsfähigkeit sichergestellt werden.

Im IT-Bereich sind umfassende Zugangskontrollen und Schutzvorkehrungen getroffen, die die Sicherheit der Programme und der Datenhaltung sowie des laufenden Betriebs gewährleisten. Im Hinblick auf die Wiederaufnahme von Investitionen in Direktanlagen ist die Beschaffung einer Wertpapierdatenbank initiiert worden, die die derzeitige nicht revisionsfähige Access Datenbank ablösen wird. Zurzeit werden die Abbildung der Bestände und die Überwachung der regelmäßigen Zahlungseingänge zusätzlich durch den Masterfondsanbieter gewährleistet.

Die aufgrund des § 123 a VAG ab dem 23.09.2010 für Versicherungsunternehmen eintretenden zusätzlichen Solvabilitätsanforderungen werden die Freiwillige Versicherung nicht umfassen. Das Land Nordrhein-Westfalen hat eine Änderung des Gesetzes über die kommunalen Versorgungskassen und Zusatzversorgungskassen im Lande Nordrhein-Westfalen beschlossen, die dazu führt, dass die entsprechenden Regelungen bei den Zusatzversorgungskassen nicht anzuwenden sind.

6 Künftige Entwicklung

Das Ergebnis der Kasse wird auch in den nächsten zwei Geschäftsjahren wesentlich von den Beiträgen, Leistungen, Zuführungen zu den versicherungstechnischen Rückstellungen und dem Ergebnis aus Kapitalanlagen geprägt. Nach heutigem Kenntnisstand ist davon auszugehen, dass sich das Wachstum der ZVK weiter fortsetzen wird und insbesondere die Beitragseinzahlungen die Auszahlungen für Leistungen und Verwaltungskosten deutlich übersteigen werden. Weitere Risiken und Chancen für das Ergebnis der ZVK in den nächsten zwei Jahren ergeben sich darüber hinaus vor allem aus dem Ergebnis der Kapitalanlagen. Bei einer zumindest befriedigenden Wertentwicklung der Kapitalmärkte in den nächsten zwei Jahren und annähernd gleichbleibenden Bestandszahlen geht die Geschäftsführung davon aus, auch weiterhin steigende Jahresüberschüsse zu erzielen.

Hinsichtlich der Buchführung und der Bilanzierung ist darauf hinzuweisen, dass diese ab dem Jahr 2011 nach den Regelungen der Verordnung über die Rechnungslegung von Versicherungsunternehmen, entsprechend dem jeweils aktuellen Rechtsstand (derzeit 18. Dezember 2009) erfolgen werden.

Köln, den 24.08.2011



Blaeser
Geschäftsführer



Jope
Stellvertretender Geschäftsführer